RS OGH 1976/1/27 3Ob255/75 (3Ob256/75), 8Ob544/92, 1Ob177/08y, 1Ob49/09a, 8Ob107/14i, 8Ob101/14g, 1O

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 27.01.1976

Norm

BAO §19

JN §1 XV

ZPO §228 C2

ZPO §228 H4

Rechtssatz

Rechte oder Rechtsverhältnisse, für deren Durchsetzung der Rechtsweg unzulässig ist, können auch im Wege der Feststellung nicht vor die ordentlichen Gerichte gebracht werden. Mangels ausdrücklicher Zulassung des ordentlichen Rechtsweges gilt dies für alle Rechtsverhältnisse des öffentlichen Rechtes (hier hinsichtlich des Überganges der Zahlungsverpflichtung eines Abgabenanspruches gegenüber dem Erblasser auf die Verlassenschaft).

Entscheidungstexte

- 3 Ob 255/75

Entscheidungstext OGH 27.01.1976 3 Ob 255/75

Veröff: NZ 1978,11 = JBl 1977,600

- 8 Ob 544/92

Entscheidungstext OGH 24.06.1993 8 Ob 544/92

Auch

- 1 Ob 177/08y

Entscheidungstext OGH 31.03.2009 1 Ob 177/08y

Vgl auch; Beisatz: Gegenstand einer Feststellungsklage kann nur die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens von Rechtsverhältnissen oder Rechten sein, die ihren Ursprung in den Rechtsbereichen haben, die dem Privatrecht im weitesten Sinne zuzuordnen sind. Sie dürfen nicht unklagbar sein, und für ihre selbstständige Geltendmachung darf der Rechtsweg nicht unzulässig sein. (T1)

- 1 Ob 49/09a

Entscheidungstext OGH 05.05.2009 1 Ob 49/09a

nur: Rechte oder Rechtsverhältnisse, für deren Durchsetzung der Rechtsweg unzulässig ist, können auch im Wege der Feststellung nicht vor die ordentlichen Gerichte gebracht werden. Mangels ausdrücklicher Zulassung des

ordentlichen Rechtsweges gilt dies für alle Rechtsverhältnisse des öffentlichen Rechtes. (T2)

- 8 Ob 107/14i

Entscheidungstext OGH 19.12.2014 8 Ob 107/14i

Auch; nur: Rechte oder Rechtsverhältnisse, für deren Durchsetzung der Rechtsweg unzulässig ist, können auch im Wege der Feststellung nicht vor die ordentlichen Gerichte gebracht werden. (T3)

Beisatz: Hier: Tir FLG 1996. (T4)

- 8 Ob 101/14g

Entscheidungstext OGH 19.12.2014 8 Ob 101/14g

Auch; Bem: Die ursprünglich an dieser Stelle aus Versehen mit der Kennzeichnung T5 erfolgte Wiederholung des Teilsatzes T3 wurde gelöscht. (T5)

Beisatz: Hier: Tir FLG 1996. (T6)

- 1 Ob 221/14b

Entscheidungstext OGH 03.03.2015 1 Ob 221/14b

nur T2; Beisatz: Hier: Die begehrte Feststellung hinsichtlich des Fischereiausübungsrechts nach dem Tir FischereiG ist als zum öffentlichen Recht gehörend, dem Verwaltungsverfahren vorbehalten. (T7); Veröff: SZ 2015/15

- 1 Ob 101/15g

Entscheidungstext OGH 18.06.2015 1 Ob 101/15g

Vgl auch; nur T3; Beis wie T4

- 10 Ob 94/15v

Entscheidungstext OGH 19.01.2016 10 Ob 94/15v

Auch; nur T5

- 1 Ob 116/16i

Entscheidungstext OGH 30.08.2016 1 Ob 116/16i

nur T3

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1976:RS0039162

Im RIS seit

15.06.1997

Zuletzt aktualisiert am

09.03.2017

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at